

SPD Fraktion Ginsheim-Gustavsburg, Am Alten Sportplatz 24, 65462 Ginsheim-Gustavsburg

An den
Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung
Ginsheim-Gustavsburg
Herrn Thorsten Siehr

Melanie Wegling
Fraktionsvorsitzende
SPD Fraktion Ginsheim-Gustavsburg
m.wegling@spd-gigu.de

22.06.2021

**Antrag zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14. Juli 2021:
Beitritt zum Bündnis „Raus aus den Schulden - Für die Würde unserer Städte“**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
die Fraktion der SPD bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung zur Stadtverordnetenversammlung am 14.07.2021 und zur zuvor stattfindenden Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 08.07.2021 aufzunehmen:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass die Stadt Ginsheim-Gustavsburg sich dem parteiübergreifenden Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden – Für die Würde unserer Städte“ anschließt und solidarisch mit anderen Kommunen gegen die kommunale Unterfinanzierung durch Bund und Länder „Flagge zeigt“ sowie Handlungsalternativen für die Würde unserer Städte aufzeigt

Begründung:

Nicht nur durch die Corona-Pandemie wurde wieder deutlich, dass es viele Städte und Gemeinden nicht schaffen, ausgeglichene Haushalte aufzustellen. Das dies kein Problem der Ausgaben, sondern vielmehr ein Problem der Einnahmesituation der Kommunen ist, wird von den meisten Kommunalpolitikern, aber auch den Hauptamtlichen, parteiübergreifend so gesehen.

Die Pandemie hat viele Städte und Gemeinden in eine finanzielle Schieflage gebracht. Einnahmen aus Steuern und Gebühren gehen deutlich zurück, bei gleichzeitigem Ansteigen der Ausgaben. So geraten viele Kommunen, wie auch exemplarisch unsere Stadt, zunehmend in Finanznot. Haushaltssperren sowie Kürzungen vor Angeboten und das Verschieben dringend notwendiger Investitionen drohen oder sind bereits Fakt.

Die Corona-Pandemie hat ein jahrzehntealtes Phänomen zuungunsten der Kommunen nicht nur verschärft, sondern leider für manche hauptamtlichen Landes- und Bundespolitiker erst drastisch in den Fokus gerückt.

Kommunale Einnahmen sind keine verlässlichen Größen, sondern unterliegen vielen Schwankungen. Dies macht eine solide Finanzierung der Pflicht- wie auch der freiwilligen Leistungen auf kommunaler Ebene sehr schwierig.

Städte und Gemeinden brauchen daher zur Sicherung der kommunalen Handlungsfähigkeit Geld und Personal, um die öffentliche Infrastruktur zu erhalten und investieren zu können – für unsere Zukunft!

Als Konsequenz muss eine stabile Einnahmesituation für die Städte und Gemeinden herbeigeführt werden, auf derer Basis dann vernünftige und nachhaltige Haushaltspolitik betrieben werden kann.

Daher ist es zielführend, dass wir uns als Stadt Ginsheim-Gustavsburg solidarisch mit den anderen Städten des Bündnisses „Raus aus den Schulden – Für die Würde unserer Städte“ erklären, mit den anderen Kommunen belastende Faktoren benennen, gemeinsam nach Lösungsmöglichkeiten für die prekären Haushaltsituationen suchen und sie gegenüber Land und Bund artikulieren!

Das ursprünglich in Nordrhein-Westfalen gegründete Bündnis strukturbelasteter und/oder hochverschuldeter Städte und Landkreise hatte sich auf einer Konferenz am 21.11.2014 bundesweit ausgedehnt. In dem als Gründungsdokument verabschiedeten Kaiserslauterer Appell wurden Bund und Länder zur Schaffung eines gerechten Gemeindefinanzsystems aufgefordert. Es wird „eine Neuordnung der Soziallastenfinanzierung und eine Strategie zur Stärkung der kommunalen Investitions- und Instandhaltungsfinanzierung“ gefordert.

In der sich am 27.04.2016 anschließenden Mainzer Erklärung 2016 zur Neuordnung des Kommunalen Finanzsystems wird darüber hinaus beansprucht, dass Bund und Länder etwas gegen die nicht mehr gegebene Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kommunen unternehmen. Dies vor allem vor dem Hintergrund, dass den Kommunen aus unterschiedlichsten Gründen ein kaskadenartiger Aufgabenaufwuchs beschert wurde.

Als Grundproblem der betroffenen Städte und Landkreise wurde im Kaiserslauterer Appell zutreffend definiert:

„Viele sozialökonomisch besonders belastete Kommunen haben über viele Jahre überproportionale Soziallasten finanziert, zunehmend auf der Basis von Kassenkrediten mit der Konsequenz eines hohen Schuldenstandes, hoher Zinslasten und eines ausgeprägten Investitions- und Instandhaltungsstaus. Vor allem weil uns per Gesetz von Bundestag und Länderparlamenten immer wieder zusätzliche Pflichtaufgaben ohne ausreichende Gegenfinanzierung übertragen wurden, sind wir eine gefährliche finanzielle Schieflage geraten.“

Dies charakterisiert auch die finanziellen Schwierigkeiten der Stadt Ginsheim-Gustavsburg mehr als zutreffend und hat sich seit der Verabschiedung des Kaiserslauterner Appells nicht wirklich verändert.

Grundsätzliche Forderung des Bündnisses „Raus aus den Schulden – Für die Würde unserer Städte“ ist es, dass die kommunalen Konsolidierungsbemühungen in einen landes- und bundespolitischen Rahmen integriert sein müssen. Denn ein Schuldenabbau bei vollkommenem Verzicht auf die sogenannten freiwilligen Leistungen würde vor Ort „mehrere Generationen belasten und vielerorts gar nicht möglich sein.“

Die kommunalen Haushalte können nur ausgeglichen werden, wenn es eine „aufgabenangemessene Gemeindefinanzierung“ gibt. Daher muss die Frage nach dem Schuldenabbau in den Kommunen eine der zentralen Aufgaben der Landes- und Bundesebene sein. Diese müssen ein „Haushaltssicherungsnetz“ spannen.

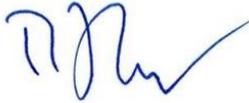
Die Verbesserung der Einnahmesituation der Kommunen muss letztendlich dazu führen, dass die kommunalpolitische Gestaltungskraft wieder hergestellt wird.

Im Sinne der Bürgerinnen und Bürger unserer lebens- und liebenswerten Stadt Ginsheim-Gustavburgs sollte dem Aktionsbündnis beigetreten werden, damit die berechtigten Forderungen gegenüber Ländern und Bund bei diesen auf nicht mehr zu überhörendes Gehör stoßen. Kommunen

sind die Keimzelle des demokratischen Staatssystems und müssen zur Ausgestaltung ihrer Aufgaben entsprechend ausreichend finanziert werden. Denn „Politik bewährt sich vor Ort“, wie es zutreffend in der Mainzer Erklärung 2016 zur Neuordnung des Kommunalen Finanzsystems heißt!

Lassen Sie die Stadt Ginsheim-Gustavsburg daher gemeinsam mit anderen Kommunen für die Wiedererlangung der „Würde unserer Städte“ eintreten!

Mit freundlichen Grüßen



Melanie Wegling
(Fraktionsvorsitzende)